

MIT ALLERHÖCHSTEN BEWILLIGUNG.

Breslauer



Beitung.

Die Expedition ist auf der Herrenstraße Nr. 20.

N^o 225.

Freitag den 26. September

1845.

Schlesische Chronik.

Heute wird Nr. 76 des Beiblattes der Breslauer Zeitung „Schlesische Chronik“ ausgegeben. Inhalt: 1) Hegel, über den Nationalcharakter einiger Völker. 2) Breslauer Volksfeste. 3) Correspondenz aus Breslau, von der Oder, Freistadt, Greiffenberg.

J u l a n d.

Berlin, 23. Septbr. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem Stadtrath Pieper in Berlin den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; so wie dem Regierungs-Assessor, Dorf-Inspektor Grammelshaus zu Königsberg in Preußen, und dem katholischen Pfarrer Wermund zu Herzogswalde, Kreis Grottkau, den Rothen Adler-Orden vierter Kl.; dem Ober-Landes-Gerichts-Rathe von Haugwitz zu Breslau bei der von ihm erbetenen Entlassung von seinem Amte als Ober-Landesgerichts-Rath den Charakter als Geheimer Justizrath; und dem bisherigen Ober-Landesgerichts-Assessor Dr. von der Hagen, bei seiner Ernennung zum Hilfsarbeiter des hiesigen Revisions-Kollegiums für Landes-Kultur-Sachen, den Charakter eines Ober-Landes-Gerichts-Raths zu verleihen; so wie die Wahl des Majors a. D. v. Winkler auf Schwedisch zum Direktor der Meisse-Grottkauer Fürstenthums-Landschaft für den Zeitraum von Weihnachten 1845 bis dahin 1848 zu bestätigen.

Ihre Königl. Hoheit die Großherzogin von Mecklenburg-Strelitz ist nach Neu-Strelitz; Ihre Königl. Hoheit die Herzogin von Anhalt-Dessau nebst Höchstihren Kindern: dem Erbprinzen Friedrich und den Prinzessinnen Agnes und Marianne Durchlauchten, sind nach Dessau, und Se. Hoheit der regierende Herzog von Anhalt-Cöthen ist nach Cöthen abgereist.

Dem Schneidermeister Karl Herrmann zu Potsdam ist unter dem 18. Septbr. 1845 ein Patent auf eine durch Zeichnungen und Beschreibung erläuterte Vorrichtung zum Maschinieren und Zuschneiden von Kleidungsstücken, so weit dieselbe für neu und eigenthümlich anerkannt ist, auf acht Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

** Berlin, 23. Sept. Heute Morgen um halb 8 Uhr ist F. M. die Kaiserin von Rußland mit einem Extrazug von hier abgereist. Se. M. der König begleitet seine durchl. Schwester bis Halle, wo zu Mittag gespeist wird, und kehrt heute Nachmittag hierher zurück, um sogleich wieder nach Sanssouci sich zu begeben. Die hohen Personen benachbarter Höfe, welche durch den Besuch der Kaiserin nach Potsdam und Berlin gerufen worden waren, sind meistens bereits in den letzten Tagen von hier abgereist. Se. k. Hoheit der Prinz von Preußen wird, wie man sagt, in einigen Tagen der Kaiserin folgen, um sie auf dem Wege durch Deutschland einzuholen. — Die Manöver des Gardecorps sind durch die antizipirte Parade nicht geschlossen worden, sondern dauern noch fort und werden, wie vorher bestimmt war, erst übermorgen zu Ende gehen. Bei der Rückkehr von der gestrigen Parade hätte großes Unglück geschehen können, indem an dem Wagen, in welchem sich Se. Maj. der König befand, eine Axt brach. Se. Majestät und der ihn begleitende Adjutant stiegen jedoch wohlbehalten aus und setzten sogleich in einem nachfolgenden königl. Wagen den Weg fort. — Noch erzählt man sich von der Audienz, welche die Posener Deputation in Potsdam gehabt, einige bemerkenswerthe Einzelheiten. Se. Maj. der König bewies sich gegen sie überaus huldreich, und gab durch ganz spezielle Fragen an den Wortführer zu erkennen, wie großes Interesse er an dem besonderen Wohl des Einzelnen nehme. — Das J. des Deb. hat uns eine Expectoration über die Reise der Königin von England in Deutschland gebracht, die zwar aus Berlin datirt, aber sicherlich nicht in Berlin geschrieben ist. Das Merkwürdigste an dem

Artikel ist, daß er in dem Pariser Hofblatte steht. Was seinen Inhalt betrifft, so mag Manches wahr sein, wenn nur nicht überall zwischen den Zeilen die verleierte Eitelkeit hindurch blickte, und wenn man den Fürsten v. Metternich fragte, ob er wirklich den ihm zugeschriebenen Sarkasmus gesagt, so würde man wahrscheinlich eine Desavouirung erfahren. Man hat bei Anwesenheit der Königin Victoria das Aeußerste aufgewendet, man hat so viel gethan, daß sich die Königin von dem Aufwand auf 24 Stunden in Eu erholen mußte, und macht nun Glossen hinterher, nachdem man sich übersättigt. Wahrer ist ein Artikel des Commerce über die religiöse Bewegung in Deutschland und Preußen, worin gesagt wird, daß diese Bewegung eine ganz natürliche Folge der gehemmten politischen Bewegung sei. Was in Frankreich die politische Farbe erhalte, bekomme in Deutschland eine religiöse. Es läßt sich aus der Geschichte beweisen, daß das Blatt recht hat, wie denn überhaupt in der letzten Zeit die Franzosen an der Erkenntniß Deutschlands und an dessen Achtung und Beachtung sehr zugenommen haben, während die Engländer unser Vaterland immer noch mit großer Vornehmthueri als kleinstädtisch behandeln. Eine freundliche Erscheinung in dieser Beziehung ist der Toast des französischen Akademikers Roux auf der Nürnberger Naturforscher-Versammlung. — Unsere christkatholische Gemeinde muß sich, ungeachtet der k. Kabinetts-Ordre und der freundlichsten Bewilligung von Seiten der Stadt, noch immer Sonntags in den Schulsaal des grauen Klosters einzwängen, und nie geht es ohne einige Dhmachten ab; das hindert aber doch nicht, daß die christkatholische Sache auch hier immer mehr Umfang gewinnt. Die Berliner Gemeinde zählt bereits nahe an 3000 Seelen. In allen Nachbarstädten bilden sich Gemeinden. Die in Spandau erhielt am Sonntag ein schönes Geschenk, indem ihr der hiesige Kaufmann Könnert ein reich vergoldetes Altarkreuz und zwei schöne Leuchter übergab. In Kottbus hat sich am 10. eine christkatholische Gemeinde gebildet, so daß, was die Hindernisse Abbruch thun mögen, tausendfältig gewonnen wird. In Halle fand am 21. der erste christkatholische Gottesdienst statt, und Privatbriefe aus Stuttgart melden, daß in Schwaben ein Enthusiasmus für die christkatholische Bewegung herrsche, der die dortigen Gemeinden bald ebenso zahlreich machen werde, als in Schlessien. — Heute fanden hier die Wahlen der Landtagsabgeordneten statt; gewählt wurden: der Stadtsyndikus Möwes mit 87. unter 98 Stimmen, der Kaufmann und Stadtverordnete Schaus mit 95 unter 99 Stimmen und der geh. Finanzrath Knoblauch mit 53 unter 98 Stimmen. Sollte der erstere, weil er nicht einen ununterbrochenen 10jährigen Grundbesitz nachweisen kann, nicht bestätigt werden, so wurde statt seiner der Kaufmann Dinant gewählt. Der Stadtrath Steinmeyer, der Commerzienrath Peikert und der Banquier Magnus wurden zu Stellvertretern gewählt. — Der Er-

bauer des nicht angenommenen englischen Dampfbootes wird sich gegen die ihm in den öffentlichen Blättern gemachten Vorwürfe hinsichtlich des „Adler“ vertheidigen. Mittlerweile lösch das aus Köln angelangte eiserne Schiff „die Hoffnung“ in Stettin seine Ladung und hat auch bereits wieder schlesische Güter, Leinen und Zink, zur Rückfracht.

* Berlin, 23. Septbr. Der Polizei-Präsident v. Puttkammer ist nach einer mehrwöchentlichen Erholungsreise vorgestern hier eingetroffen. — Dr. Meyens Broschüre „der Geist der evangelischen Kirchenzeitung“ ist in allen gebildeten Kreisen viel verbreitet und findet großen Anklang. Der Verfasser sagt in der Vorrede, daß dieselbe Bewegung, welche wir im verfloffenen Jahre auf dem Gebiete des Katholizismus erlebt haben, sich jetzt auch auf dem des Protestantismus wiederholen zu wollen scheint. Wie damals die Ausstellung des heil. Rockes in Trier die Veranlassung wurde, daß sich die Gemüther von ihrer Kirche abwandten, so hat die Intoleranz und die Verfeinerungssucht, welche die Anhänger der protestantisch-orthodoxen Partei in ihrem Hauptorgane, der „evangelischen Kirchenzeitung“, in der jüngsten Zeit gegen die Rationalisten ausgeübt haben, den Anstoß zu einer Bewegung gegeben, die, wenn sie sich konsequent entwickelt, zu einem gleichen Bruche des Protestantismus und zur Begründung einer neuprotestantischen Kirche führen muß. Aus dieser „evangelischen Kirchenzeitung“, heißt es Seite 10, ersieht man, mit welcher Sorgfalt die pietistischen Elemente und das Konventikelwesen, die aus Unwillen über die Union im Stillen ihr Wesen treiben, gehegt und gepflegt worden sind. Meyen überantwortet seine Schrift der Presse, der es am meisten obliegt, das Parteitreiben der „evangelischen Kirchenzeitung“ zu paralysiren. — Stadtgespräch bildet ein während der Festvorstellung der Meyerbeerschen Oper „die Hugonotten“ im Opernhause vorgekommenes Rencontre zwischen dem Hofmarschall von Meyerinck und dem General-Intendanten der königlichen Schauspiele v. Küstner. Jener glaubte sich von letzterem verlegt, weil ihm und seiner Familie keine Plätze im Theater reservirt worden waren. Herr v. Küstner blieb dabei zwar sehr ruhig, soll jedoch nun auf Genugthuung gedrungen haben.

So eben wird uns von sicherer, hochachtbarer Hand die wichtige Nachricht mitgetheilt, daß, auf wiederholten Antrag der Geheime Staats- und Kabinetts-Minister, Frhr. v. Bodelschwingh-Wellmebe, vom 1. Oktober an nicht mehr interimistisch, sondern als wirklicher Chef die Leitung des Ministeriums des Innern übernimmt. Wer irgend Gelegenheit hatte, diesen unermüdet thätigen, kenntnißreichen und erfahrenen, und dabei von echter Humanität besetzten Mann in seinen früheren Stellungen zu beobachten, der wird sich mit uns aufrichtig darüber freuen, dieses hochwichtige Departement der Central-Verwaltung, in dem sich jeden Augenblick die intellektuellen und materiellen Interessen aller Bewohner des Staates begegnen, seinen Händen anvertraut zu sehen. Schon hat der Minister in diesen Tagen einige sehr zweckmäßige Veränderungen, in Beziehung auf den Geschäftsgang und auf die nöthige Centralisirung der in der letzten Zeit getrennt gewesenen

einzelnen Bureau's des Ministeriums, die nun sämmtlich wieder im Amtsgebäude unter den Linden Nr. 73 vereinigt worden, gemacht. — Was die merkantilisch-politischen Angelegenheiten der Gegenwart anbetrifft, so wird in den höheren Kreisen der in vielen Zeitungen gegebenen Nachricht von dem Abbrechen der Unterhandlungen zwischen Brasilien und dem Zollverein lebhaft widersprochen, die Fortsetzung der Conferenzen versichert und großes Gewicht auf die zeitige Anwesenheit eines brasilianischen Gesandten an einem fremden großen Hofe gelegt. Unter den zahlreichen fremden Offizieren höheren Ranges, die sich zu den Herbst-Manövern bei Stettin und Berlin eingefunden haben, bemerkt man auch die königl. spanischen Artillerie-Obersten von Novello aus Valencia, und Benco aus Sevilla, auch Herrn Starc, Stabs-Offizier im Ingenieur-Corps der ostindischen Armees. (Hamb. S.)

Vor einigen Tagen hat der Minister von Bodelschwingh den Schriftsteller R. H. Brüggemann, welcher demnächst die Redaction der kölnischen Zeitung übernehmen wird, zu sich einladen lassen und mit demselben ein Gespräch geführt, welches der Gegenstand eines allgemeinen Interesses geworden. Der Minister erklärte dem zukünftigen Redacteur der kölnischen Zeitung: darüber, ob er den Schutzzoll oder die Handelsfreiheit, die constitutionelle oder die monarchische Regierungsform, das katholische oder das protestantische Interesse vertreten werde, darüber fühle er (der Minister) sich nicht veranlaßt, irgend etwas zu sagen, das könne der Lokal-Censur anheimgegeben werden; allein bemerkbar machen wolle er, daß die Regierung nichts dulden werde, was eine Aufregung der unteren Volksklassen hervorrufen könne. — Die Frage der Civilehe beschäftigt jetzt unsere bürgerlichen Kreise und wird nach verschiedenen Seiten erörtert. Beachtungswerth wird es genannt werden können, daß sich Bunsen in seinem neuen Werke: „Die Kirche der Zukunft“, zu Gunsten der Civilehe ausspricht. Der Conflict, in welchen das öffentliche Bedürfnis zu dem Rechte der Geistlichen gerathen, läßt allerdings die Vermuthung zu, daß man genöthigt sein wird, auf diesem Wege eine Lösung zu erlangen. Der Handschuhmacher Puhlmann, dem der Prediger Gerlach die Trauung verweigert hatte, und der dann zu diesem Zweck ein Dimissoriale erhielt, hat sich seitdem schon an acht hiesige Geistliche gewandt, ohne daß sich noch einer von ihnen zu seiner Trauung entschlossen hätte. Nicht bloß pietistische Geistliche verweigern sie, sondern auch Männer, z. B. der Prediger Deibel, bei denen ihr freisinniges Glaubensbekenntniß einen religiösen Grund kaum zuläßt. Puhlmann soll sich nun wieder an den König gewendet, ihm die Lage der Dinge vorgestellt und dringend gebeten haben, ihm einen Ausweg angeben zu wollen, nachdem einmal den Geistlichen das Recht der Trauungsverweigerung bei geschiedenen Eheleuten zuerkannt worden. — Die Einsetzung der schon im vorigen Jahre verordneten Revisionscommission zur Auseinandersetzung der Jagdberechtigung und der Theilung der Besitzungen in den verschiedenen Provinzen und Landestheilen ist nun auch in der Provinz Brandenburg erfolgt, nachdem eine ähnliche Commission schon seit mehreren Monaten für die Provinz Sachsen ins Leben getreten war. Von der Staatsbehörde sind der brandenburgischen Commission der geheime Justiz- und Kammergerichtsrath Stropp als Präsident, der geheime Revisionsrath Jonas und der Kammergerichtsrath Gottheimer als Mitglieder zugetheilt worden; von den Ständen sind der Landtagsmarschall und Hofmarschall von Rochow, der Erbjägermeister v. Jagow und der Landrath v. Haseber zu Mitgliedern gewählt und von dem Könige bestätigt worden. — Man erzählt sich hier die Worte, welche der König zu der an ihn abgeschickten Posener Deputation in Stettin gesprochen haben soll. (D. A. S.)

Königsberg, 19. Sept. Die Versammlungen der Privatgesellschaft zur Besprechung der Auswanderungs-Angelegenheiten nach der Mosquitoküste werden an den Donnerstagen fortgesetzt. Der Entwurf gedruckter Statuten wird späterhin vertheilt werden. Die mitgetheilten offiziellen und Privatberichte glaubwürdiger Personen, sprechen sämmtlich für dieses Colonisationsprojekt in Bezug auf die Mosquitoküste und gegen die entstellten Schilderungen, die namentlich die Engländer, die ja aus eigennütigen und andern Absichten, so oft gewußt haben, der Dame Europa eine Nase zu drehen, Jahrhunderte lang verbreiteten. — Nach einem Schreiben des Regierungsrath Fellechner (der mit Dr. Müller und Kaufmann Hesse in Berlin, auf Befehl Sr. königlichen Hoheit des Prinzen Carl von Preußen die Mosquitoküste bereisten und einen offiziellen Bericht über dieselbe herausgaben) „wird das Unternehmen einer Colonisation auf der Mosquitoküste wahrscheinlich und zwar in der Art zu Stande kommen, daß im nächsten Frühjahr die erste Expedition wird abgehen können, bisher ist dasselbe aber noch der so weit gediehen, um schon jetzt die Bedingungen der Ueberfiedelung mittheilen zu können. Seiner Zeit werden deshalb öffentliche offizielle Anzeigen ergehen.“ — Aus den diesseitigen Provinzen ergehen fortwährend Anfragen und Meldungen. — Einige 30 Landbebauer und Bewohner Lithauens waren in diesen Tagen in Königsberg in eben derselben Angelegenheit an-

wesend, um die nöthige Auskunft von der Regierung zu erlangen. (Königsb. S.)

Aachen, 20. Sept. So eben läuft hier die höchst wichtige und erfreuliche Nachricht ein, daß Sr. Majestät der König die Aachen-Perzogenrath-Gräblich-Düsseldorfer Eisenbahn-Gesellschaft Allergnädigt zu concessionirergeruht haben. Außerdem ist auch die Krefeld-Ruhrort und die Aachen-Maestrichter Bahn concessionirt worden. (Aachener S.)

Deutschland.

Leipzig, 22. Septbr. Unser Tageblatt enthält Folgendes: „Die sieben Petitionen, welche bei der Privatbesprechung im Hotel de Pologne am 20. September berathen und unterzeichnet worden sind, nämlich: 1) wegen Anerkennung der Deutsch-Katholiken (mit 289 Unterschriften); 2) wegen Öffentlichkeit und Mündlichkeit des Strafverfahrens (250); 3) wegen Pressfreiheit, bezüglich Milderung des Presszwanges (245); 4) wegen eines Aufrührergesetzes, eines Gesetzes über Verwendung der Communalgarde bei Tumulten und Rückgabe des Rechts, die bewaffnete Macht zu requiriren, an die Ortspolizeibehörden (232); 5) wegen Vorlegung des Gesetzes über Reform der protestantischen Kirchenverfassung noch bei gegenwärtigem Landtage (223); 6) wegen der Freiheit öffentlicher Versammlungen und Reden (147); 7) wegen Reform des Wahlgesetzes (84), liegen noch bis mit dem 24. September zur ferneren Unterzeichnung aus. Wir bitten unsere werthen Mitbürger, recht dringend und ernst, die Unterzeichnung dieser Petitionen (insoweit dieselben mit ihren Ansichten übereinstimmen) ja nicht aus Lässigkeit oder Bequemlichkeit zu versäumen, sondern wohl zu bedenken, daß auf die Zahl der Unterschriften bei Petitionen sehr viel ankommt, da sie der sicherste Gradmesser der Stimmungen und Wünsche der Bevölkerung ist und als solcher auf Stände und Regierung ihre Wirkung nicht verfehlen kann. Prof. Biedermann ac.“ Außerdem: „An unsere Mitbürger! Eine kleine Anzahl hiesiger Bürger hat eine Petition und eine Beschwerde an unsere eben zusammengetretene Ständeverammlung entworfen und unterschrieben. In Freundeskreisen haben diese Schriften bis jetzt eine große Zahl von Unterschriften erlangt. Wir geben in dieser Zeit, wo es mehr als jemals gilt, den wahren Bürgerfinn zu betheiligenden, allen Bürgern und Einwohnern Leipzigs Gelegenheit, sich zu betheiligen, indem wir anzeigen, daß Petition und Beschwerde zur Einsicht und Unterzeichnung ausliegen. Advokat Bertling.“

Nürnberg, 21. Sept. Die Zahl der anwesenden Naturforscher und Aerzte beläuft sich bis jetzt auf 423, darunter 361 auswärtige. Zu der heute um 2 1/2 Uhr stattfindenden Eisenbahnfahrt nach Erlangen wurden der Versammlung von der königl. Bahn-Inspektion 500 Karten zur Verfügung gestellt.

Ulm, 19. Sept. Ronge wird heute hier eintreffen; der von ihm geleitete Gottesdienst der Deutsch-Katholiken soll im Kornhause abgehalten werden, wahrscheinlich nächsten Montag. Um die Anwesenheit Ronges zu einem in allen Beziehungen freudigen Ereignisse für die neue Gemeinde zu machen, hat der Stadtrath als Unterstützung von Seiten der Stadt 500 Fl. bewilligt, mit der Bestimmung, daß hundert davon zur passenden Ausschmückung und Herrichtung eines gottesdienstlichen Lokales verwendet werden möchten. (Ulm. Bl.)

Am 17. Septbr. versammelten sich in Freiburg etliche 60 evangelische Geistliche von Heidelberg bis an die Schweizergränze, welchen sich auch Einer aus dem Elsaß und Einer aus Württemberg angeschlossen, um gegen die ausschließende Richtung des Pietismus, welcher sich gerne allein für die Kirche halten möchte, sich auszusprechen und sich für die gleiche kirchliche Berechtigung der Nationalisten zu erklären. Durch allgemeinen Zuruf wurde Pfarrer Zittel von Balingen zum Präsidenten erklärt. In einem trefflichen Vortrage, dessen Veröffentlichung beschlossen wurde, setzte er auseinander, wie die verschiedenen Richtungen in der evangelischen Kirche immer schroffer auseinander zu gehen drohen, so daß die Frage entstehe, ob man noch ferner vereint zusammen wirken könne, oder ob die innere Trennung zu einer äußeren Spaltung führen müsse. Jeder werde gewiß das Erstere wünschen, darum sei nöthig, sich offen auszusprechen und die Mittel zu berathen, wie man die bisherige ungeschmälerte Lehreinheit auch ferner gegen etwaige Angriffe einer feindseligen Partei behaupten könne. Klar und bündig entwickelte er den Grundsatz: Wir protestiren gegen jede Glaubens-Autorität der Kirche. Eine solche könne nur bei angenommener Unfehlbarkeit derselben behauptet werden. Da die evangelische Kirche diese verwerfe, so müsse man consequent die volle Freiheit der Individualität gewähren lassen. Die heilige Schrift sei nicht nur die historische Quelle des Christenthums, sondern auch die Quelle, aus welcher der Christ seine religiöse Nahrung schöpfe. Aber nicht nur die Erregese müsse vollkommen frei sein, sondern auch eine gewisse Kritik des Inhalts gelten. Das

Band übrigens, das uns Alle umschlinge, und ein gemeinsames Wirken auch bei verschiedenen Ansichten möglich mache, sei der lebendige Glaube an Christus als den Erlöser, in welchem wir Alle das Heil zu finden hofften. Mit stürmischem allgemeinem Beifall wurde dieser Vortrag vernommen und unter 67 Anwesenden fanden sich nur 3 Opponenten, deren Einreden aber mit entschiedenen Zeichen des Mißfallens aufgenommen wurden, auch sofort ihre bündige Widerlegung fanden. Als hauptsächlichste Mittel, unsere bisherige Freiheit auch ferner zu behaupten, wurde ein festes Zusammenhalten aller Gleichgesinnten anerkannt. Um dies zu erzielen, wurde theils der mit dem 1. October erscheinende „Morgenbote“ zum Organ der rationalistischen Richtung erklärt und die Zusage gegeben, besonders für seine Verbreitung unter das Volk zu wirken; theils wurde beschlossen, von Zeit zu Zeit größere Versammlungen zu veranstalten, wozu auch die Württemberger und Elsaßer Geistlichen, so wie gesinnungsverwandte Männer weltlichen Standes eingeladen werden sollten, um gemeinsam für die gemeinsame Sache zu wirken. Pfarrer Zittel wurde auch für die nächste, im Frühjahr 1846 in Offenburg abzuhaltende Versammlung zum Präsidenten erwählt. Solche Erscheinungen mögen den Commentar zu der Behauptung liefern, der Rationalismus sei längst überwunden und todt. (Oberh. Ztg.)

Darmstadt, 15. Sept. Vorgefunden berietten sich in Lörzweiler gegen 30 katholische Männer und Jünglinge mit dem deutsch-katholischen Prediger Butterstein über die katholische Reform und bereiteten ihre Lossagung von der römischen Hierarchie vor.

Hannover, 24. Septbr. J. K. H. die Kronprinzessin ist heute von einem gesunden Prinzen entbunden worden. J. K. H. die Kronprinzessin sowohl als auch der neugeborene Prinz befinden sich den Umständen nach im besten Wohlsein.

Großbritannien.

Die Augsb. Allgem. Ztg. veröffentlicht folgendes diplomatisches Aktenstück über den Zollverein:

London, im Sept. Zur diplomatischen Geschichte des Zollvereins liefert folgende Note des Grafen Aberdeen an den britischen Gesandten in Berlin, Grafen Westmoreland, die vor einigen Monaten dem königlich preussischen Cabinet mitgetheilt wurde, einen bedeutenden Beitrag.

London, am 13. Mai 1845. Mylord! In mehreren Ihrer letzten Depeschen berichteten Sw. Herrlichkeit, daß beinahe mit Gewißheit anzunehmen sei, daß die Staaten des deutschen Zollvereins bei der bevorstehenden Zusammenkunft ihrer Bevollmächtigten die Zölle von einigen der wichtigsten Artikel britischer Manufaktur bedeutend erhöhen werden. Da die Gesandten Ihrer Majestät an andern deutschen Höfen diese Ansicht theilen, und keine Hoffnung vorhanden zu sein scheint, daß die besagten Staaten ihre Beschlüsse noch einmal erwägen und ein liberaleres System in ihrer Handelspolitik annehmen werden, so wird es mir zur Pflicht, die von Seiten der Regierung Ihrer Majestät im Verlauf des vergangenen Jahres angewendeten Bemühungen: ein befriedigenderes Einverständnis herbeizuführen, urkundlich aufzuzeichnen; so wie auch einen Rückblick auf gewisse früher von der preussischen Regierung aufgestellte Behauptungen zu werfen, welche, wenn sie unberichtigt bleiben sollten, geeignet wären, irrige Begriffe sowohl hinsichtlich vergangener Thatsachen, als auch rücksichtlich der allgemeinen Handelspolitik der Regierung Ihrer Majestät zu erzeugen.

Sw. Herrlichkeit werden sich erinnern, daß am 3. April vorigen Jahres bei Mittheilung einer Unterredung mit dem preussischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten in Betreff des damals zwischen den Staaten des Zollvereins und den Vereinigten Staaten in Nordamerika in Unterhandlung stehenden Handelsvertrags Sie mich benachrichtigten, daß der Baron Bülow der Meinung sei, es biete sich jetzt eine schickliche Gelegenheit zur Negotiation eines auf die Grundlage der Reciprocität gegründeten Handelsstraktats zwischen Großbritannien und den Staaten des Zollvereins dar. Sw. Herrlichkeit berichteten mir diese Bemerkung, indem Sie zu jener Zeit noch nicht unterrichtet davon waren, daß der Baron Bülow am vorhergehenden 19. März dem preussischen Minister an diesem Hofe eine Depesche übermacht hatte, welche die Antwort der preussischen Regierung auf die in meiner Depesche am 28. November 1843 enthaltenen Bemerkungen über die Natur und Tendenz des von den Staaten des Zollvereins befolgten Systems rücksichtlich der britischen Handelsinteressen enthielt. Diese Antwort wurde der Regierung Ihrer Majestät am 28. März 1844 mitgetheilt.

Obgleich die Regierung Ihrer Majestät daher bei Empfang der Depesche Sw. Herrlichkeit von den allgemeinen Ansichten der preussischen Regierung rücksichtlich der Angelegenheiten des Handels vollkommen unterrichtet war und sich aus diesem Grunde auch keinen sehr lebhaften Erwartungen eines günstigen Resultates hingab, so betrachtete sie doch die Äußerung des Baron Bülow als das Anzeichen eines Wunsches von Seiten

der preussischen Regierung, die Handelsstreitigkeiten, welche sich zwischen der Regierung Ihrer Majestät und den Regierungen der Staaten des Zollvereins erhoben hatten, durch ein besseres Einverständnis zu ersetzen; und als ausgemacht voraussetzend, daß der Baron Bülow die von Ihnen berichtete Aeußerung nicht ausgesprochen haben würde, ohne bestimmte Vorschläge, auf welche die von ihm angebotenen Unterhandlungen zu begründen sein möchten, im Auge zu haben, erging an Ew. Herrlichkeit die Instruction, diesen Minister zu benachrichtigen, daß es der Regierung Ihrer Majestät sehr angenehm sein würde, diesen Vorschlägen ihre Aufmerksamkeit zu widmen, und daß dieselbe sich mit Vergnügen der Bemerkungen enthalten werde, zu welchen sie sich andern Falls über die vom 19. März datirte Depesche des Baron Bülow an den Dr. Bunsen verpflichtet gesehen haben würde, hoffend, daß diese Eröffnungen zu einem befriedigenderen Verhältnis zwischen Großbritannien und dem Zollverein führen würden.

Am 8. Mai berichteten Ew. Herrlichkeit die Zufriedenheit, mit welcher der preussische Minister die Nachricht von der günstigen Aufnahme, welche seinen Vorschlägen bei der britischen Regierung geworden war, vernommen habe, und dessen Absicht, ungesäumt Schritte zu thun, um die Punkte, auf welche die vorgeschlagene Unterhandlung gegründet werden könnte, zu ermitteln.

Am 19. Juni berichteten Ew. Herrlichkeit ferner, daß der Baron Bülow in Bezugnahme auf die Vorgänge im Hause der Gemeinen hinsichtlich der Mittheilung der auf die Handelsangelegenheiten bezüglichen Correspondenz zwischen dieser und der preuss. Regierung seine Zufriedenheit darüber ausgesprochen habe, daß die Mittheilung dieser Correspondenz aus dem Grunde aufgeschoben worden sei, daß bereits Verhandlungen zwischen beiden Regierungen im Gange seien, welche in einem befriedigenderen Geiste abgefaßt wären, und daß er hoffe, sehr bald im Stande zu sein, der britischen Regierung bestimmte Vorschläge zur Erweiterung der Handelsverbindungen zwischen Großbritannien und den Staaten des Zollvereins vorzulegen.

Zu gleicher Zeit bemerkte derselbe, da das Verfahren, welches er zur Förderung dieses Zweckes nachwendigerweise habe einschlagen müssen, nämlich das: die Ansichten der verschiedenen Regierungen des Vereins über den Gegenstand einzuholen, natürlich bedeutenden Verzögerungen unterworfen sei, so dürfte es ihm wünschenswerth erscheinen, daß ich ihm die Hauptpunkte zu einem dem beabsichtigten Zweck entsprechenden Uebereinkommen liefern möchte.

Dieser Wunsch der preussischen Regierung wurde auch ungefähr zu derselben Zeit in einer Depesche des Baron Bülow an den preussischen Geschäftsträger in London ausgedrückt; allein obgleich der Inhalt dieser Depesche unbedeutend geübelt war, den Werth, welcher der ursprünglichen Eröffnung des Barons beigelegt worden war, einigermaßen zu vermindern, so verharrete doch die Regierung Ihrer Majestät in der Ansicht, daß die Zögerung Preußens mit bestimmten Vorschlägen hervorzutreten vielmehr aus der Nothwendigkeit, sich mit den verschiedenen Staaten des Vereins über den Gegenstand zu berathen, als von einer Abgeneigtheit der preussischen Regierung, ihre Meinung über die Mittel zur Verwirklichung ihrer eigenen Eröffnungen auszusprechen entspringe. Im vergangenen November, kurz vor der Rückkehr Ew. Herrlichkeit nach Berlin, erhielt ich jedoch von dem Geschäftsträger Ihrer Majestät in Berlin eine Depesche, welche die Anzeige enthielt, daß die preussische Regierung noch immer der Erwartung sei, daß die Regierung Ihrer Majestät in dieser Angelegenheit die Initiative ergreifen werde. Es wurde sodann klar, daß von dorthin nichts mehr zu erwarten sei, und ich stand demgemäß im Begriff, die Rückkehr Ew. Herrlichkeit nach Berlin zu benutzen, um die preussische Regierung von den Gründen zu unterrichten, welche die Regierung Ihrer Majestät abgeneigt machten, diesen Wünschen zu willfahren, als die Vorstellungen des preussischen Gesandten an diesem Hofe die Regierung Ihrer Majestät bestimmten, ihren vorgefaßten Entschluß noch einmal zu erwägen und in gewissen Beziehungen zu modificiren.

In einer Verständigung mit ausländischen Regierungen hinsichtlich solcher Maßregeln, welche sich auf eine Herabsetzung der Zölle beziehen, würde die Regierung Ihrer Maj. aus Grundsätzen es stets vorziehen, daß dieselben von jeder der beiden unterhandelnden Parteien unabhängig von der andern, aber doch gleichzeitig angenommen, und daß solche Nachlässe nicht zum Gegenstände von Staatsverträgen gemacht würden.

Die Regierung Ihrer Maj. hat vielfältige Erfahrungen gemacht über die Nachteile, welche aus verlängerten Unterhandlungen zwischen ihr selbst und der Regierung eines andern Landes hinsichtlich einer Herabsetzung der Einfuhrzölle für die Staatsinkünfte und den Handel entspringen. Der Inhalt solcher Unterhandlungen ist stets mehr oder weniger der Gefahr unterworfen, vor einem definitiven Abschlusse zur öffentlichen Kunde zu gelangen; die vorgeschlagenen Reduktionen beschäftigen während dessen die Aufmerksamkeit der Handelswelt, verleiten dieselbe ihre Unternehmungen aufzuschieben, und tragen so nicht wenig dazu bei, den Handel zu lähmen, und die Staatsinkünfte zu beeinträchtigen.

Dies würde in vorzüglichem Grade der Fall sein bei Unterhandlungen, nicht mit einem einzigen, sondern mit einer Verbindung von Staaten, deren Interessen sich in vielen Punkten widerstreben, während in einigen derselben Theorien herrschen, welche einer Begünstigung des ausländischen Handels in hohem Grade ungünstig sind. Wenn der Baron Bülow einen Blick auf die Vorgänge im Jahr 1836 werfen will, als die von Seiten der britischen Regierung gemachte Eröffnung hinsichtlich einer gegenseitigen Verminderung der Bauholzölle und der Abgaben von britischen Manufakturwaaren den Staaten des Vereins vorgelegt wurde, so wird er in dem ungünstigen Ausgang dieser Eröffnungen hinreichende Belege für wenigstens einen von den Nachtheilen, auf welche ich aufmerksam gemacht habe, finden. Die jüngst in Deutschland stattgehabte vorschnelle Veröffentlichung der zwischen Preußen im Namen des Zollvereins und Großbritannien anhängigen Verhandlungen, liefert einen nicht minder schlagenden Beweis für die Schwierigkeit, das Geheimniß, wenn auch nur einigermaßen, zu bewahren, wenn die beteiligten Parteien so zahlreich wie die Staaten, welche den Zollverein bilden, sind. Die Regierung Ihrer Majestät würde jedoch vom Anfang her ihre Einwürfe gegen die Form, eine gegenseitige Herabsetzung der Zölle auf dem Wege des Vertrags herzustellen, gern aufgegeben haben, wäre Preußen wirklich in der Lage gewesen, Vorschläge zu thun, deren Annahme von Seiten der übrigen Staaten des Vereines vernünftiger Weise als wahrscheinlich vorausgesetzt werden dürfte. Die Regierung Ihrer Majestät kann nicht umhin, zu glauben, daß sie, in Erwägung der Umstände, unter welchen die Eröffnungen des Barons Bülow gemacht wurden, berechtigt war, anzunehmen, daß Preußen in einer solchen Lage war. Wäre ein solcher Vorschlag gemacht worden, so würde sie denselben gern in hinreichender Schnelle beantwortet haben, um die von schleppenden Unterhandlungen unzertrennlichen Nachtheile zu umgehen. Aber es war vernünftigerweise kaum zu erwarten, daß die Regierung Ihrer Maj. auf eine von Preußen gemachte Eröffnung einen Entwurf von den commercieellen Erleichterungen, zu deren Gewährung sie sich unter allen denkbaren Umständen geneigt fühlen möchte, ausarbeiten solle, damit derselbe den verschiedenen Regierungen des Zollvereins vorgelegt und von ihnen besprochen werden möchte.

Diese Betrachtungen theilte die Regierung Ihrer Maj. freimüthig dem Chevalier Bunsen mit, und ich benachrichtigte denselben noch überdies, daß, da unter diesen Umständen nur sehr schwache Aussichten auf die Begründung eines befriedigenderen Einverständnisses zwischen den beiden Regierungen übrig blieben, ich es für meine Pflicht gehalten hätte, mich über gewisse, in der am vergangenen 19. März vom Baron Bülow an ihn gerichtete Depesche enthaltenen Angaben auszusprechen, welche die britische Regierung sehr gern übersehen haben würde, wenn des Baron Bülows vorausgegangene Eröffnungen vom 3. April zu einem andern Resultate geführt hätten; ich hätte zu diesem Zwecke eine Depesche entworfen, welche die Bemerkungen, die ich zu machen wünschte, enthalte, und zur Absendung nach Berlin bereit sei. Der Chevalier Bunsen drang hierauf nochmals in mich, die Sache aufzuschieben und ihm wenigstens mündlich und im Vertrauen die Punkte mitzutheilen, über welche die Regierung Ihrer Maj. geneigt sein würde, zu unterhandeln, indem er sich dafür verbürge, daß seine Regierung die britischen Vorschläge augenblicklich in Berathung nehmen, und sofern sie für den Zollverein annehmbar befunden würden, ungesäumt zu einem Abschlusse darüber kommen werde. Der Chevalier Bunsen sprach zu gleicher Zeit die Hoffnung aus, daß die Regierung Ihrer Maj., wenn sie genehm finden sollte, in Einklang mit seinen Wünschen zu handeln, geneigt sein werde, diejenigen Bemerkungen, welche sie bezüglich der Depesche des Barons Bülow vom 19ten März zu machen haben dürfte, bis zum Empfang der Antwort von Berlin auf die britischen Vorschläge zu verschieben.

Die britische Regierung, nachdem sie die Vorschläge des Chevalier Bunsen erwogen, und das anscheinliche Verlangen der preussischen Regierung, ferneren unangenehmen Streitigkeiten ein Ende zu machen, so wie die von Seiten des Chevalier Bunsen im Namen seiner Regierung gegebenen Versicherungen gebührend in Betracht gezogen hatte, hielt sich nicht für berechtigt, auf ihrer Weigerung, den Wünschen Preußens zu willfahren, zu bestehen. Ich setze daher dem Chevalier Bunsen mündlich und in Kürze auseinander, was die britische Regierung anzubieten habe, und wozu sie sich dagegen von ihrer Seite berechtigt halte, und ich verpflichtete mich keine weiteren Schritte hinsichtlich der Depesche des Baron Bülow an den Chevalier Bunsen vom 19. März vergangenen Jahres zu thun, bis nach dem Empfang der Antwort der preussischen Regierung, oder bis eine hinreichende Zeit für die Ankunft derselben verstrichen sein würde.

Nach einem Zeitverlauf von mehr als zwei Monaten feug der Chevalier Bunsen bei mir vor und benachrichtigte mich, daß die preussische Regierung die Vorschläge Großbritanniens ihren Forderungen nicht entsprechend finde, und daß die Staaten des Zollvereins

daher größere Concessionen von Seiten Großbritanniens verlangen müßten. In Erwiderung dessen machte ich dem Chevalier Bunsen bemerkbar, daß die britische Regierung auf seinen Wunsch die Initiative in dieser Sache ergriffen und die Concessionen, zu denen sie bereit sei, namhaft gemacht habe, so dürfe sie jetzt mit Recht erwarten, daß die preussische Regierung nun auch von ihrer Seite angeben wolle, in welchen Beziehungen die Auerbietungen der Regierung Ihrer Maj. ungenügend befunden würden, und welches die anderweitigen Concessionen seien, welche die Staaten des Zollvereins sich für berechtigt hielten zu erwarten. Mit dieser Ansicht der Sache stimmte auch der Chevalier Bunsen überein, und machte sich demgemäß anheischig, seine Regierung um die nöthigen Auseinandersetzungen anzufragen.

Ich habe seit dieser Zeit den Chevalier Bunsen öfters ersucht, mich von dem Resultate dieses Berichtes an seine Regierung in Kenntniß zu setzen, habe aber jederzeit von ihm die Versicherung erhalten, daß er von seiner Regierung nicht beauftragt sei, mir irgend eine Mittheilung darüber zu machen.

Die Nachrichten, welche jedoch kürzlich von sämtlichen Gesandtschaften Ihrer Majestät in Deutschland über den wahrscheinlichen Erfolg der bevorstehenden Zusammenkunft der Abgeordneten der Staaten des Zollvereins eingegangen sind, lassen wenig Zweifel hinsichtlich der Tendenz des nächsten Schrittes, welcher von diesem Verein in Betreff des Handels anderer Nationen gethan werden wird, übrig, und unter diesen Umständen wird es der Regierung Ihrer Maj. zur Pflicht, die Bemerkungen, welche sie über die vom 19. März vergangenen Jahres datirte Depesche des Baron von Bülow zu machen hat, nicht länger aufzuschieben, damit sie durch ein verlängertes Stillschweigen nicht den Schein auf sich ziehe, als ob sie die Richtigkeit der darin aufgestellten Angaben anerkenne oder ohne Bedauern die vermehrten Beschränkungen wahrnehme, welche man, wie sie nur zu gute Gründe zu glauben hat, der Einfuhr einiger der wichtigsten Handelsgegenstände in die Staaten des Zollvereins aufzulegen beabsichtigt. (Fortsetzung folgt.)

Spanien.

Paris, 19. Septbr. Am 13ten Abends sind die beiden Königinnen und die Infantin Louise unter dem Jubel des Volks und dem Paradeiren der ganzen Garnison wieder in Madrid eingezogen. Von Unruhen war keine Spur mehr. Dagegen meldet man aus Alicante, daß dort eine Verschwörung entdeckt worden sei, an deren Spitze ein alter Stabs-Offizier a. D., ein Schwager Zurbanos, stand. Der Zweck war Umsturz der Regierung mit dem Dolch in der Hand, wie bei allen dergleichen Unternehmungen in Spanien, und das Ende, wie bei den meisten, Verhaftungen. Von den spanischen Blättern scheint jetzt kein einziges mehr der Regierung zu dienen, selbst der „Heraldo“ und der „Globo“ nicht, weshalb man auch wohl das Gerücht von einer Ministerialveränderung abermals auftauchen hört. Wie man aber die Königin lobt, mögen Sie aus folgender Bekanntmachung ersehen, die am Tage ihrer Durchfahrt durch Burgos erschien. „Der Augenblick naht, wo die engelgleiche Schönheit sitzend auf dem Throne der Tugend mit der Gnade als Schild und der bezaubernden Anschuld als Begleiterin mit ihrem himmlischen Lächeln Euren Boden berühren wird. Eure unabänderliche Ergebenheit datirt sich aus den Zeiten der Entstehung des castilischen Thrones. Burgos, die Mutter der Könige, und Castilien haben nie an Ehre, Treue und Edelmuth jemandem nachgestanden. Ihre Majestäten und J. K. H. die Infantin werden bald in Eurer Mitte sein. — Ich kann Euch nicht mehr sagen. Ich sage Euch dieß und grüße Euch. Der politische Chef.“ — Aus Barcelona wird gemeldet, daß das französische Geschwader des Admiral Percival dort vor der Rhede erschienen war, dann sich aber wieder hinweg und nach den Balearen gewendet hatte; auch das spanische Linienschiff der Soberano und die Brigg Manzanarés mit dem Infanten Heinrich war am 12ten dort eingelaufen. Die Post zwischen Barcelona und Saragossa war von Räubern angefallen worden, was zu der Entdeckung einer ganzen Bande, der man lange nachspürte, geführt hat. Drei der Räuber wurden am 10ten hingerichtet und starben mit spanischer Frechheit, ein Vierter, der am 11ten hingerichtet werden sollte, erklärte auf dem Richtplatz, daß er Geständnisse zu machen habe. Er wurde zurückgeführt, und etwa 40 Personen sind nach seinen Angaben verhaftet worden. Bei mehreren fand man sogleich die Beweise ihrer Schuld, bei einem die gestohlenen Kostbarkeiten in den Blumentöpfen unter den blühenden Rosen. Sieben der Angegebenen sind auch entkommen.

Niederlande.

Rotterdam, 17. Sept. Wir erlebten Unruhen auf unserem Kartoffelmarkt. Ein mit Kartoffeln beladenes Schiff war angekommen und sein Eigenthümer verkaufte dieselben zu billigen Preisen, so daß sich viele Käufer fanden. Als aber die Käufer zu Hause bemerkten, daß die Hälfte des Produktes verkauft war, überhäuften sie den Verkäufer mit Vorwürfen und wolt-

